Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1025**
15. Wahlperiode 21. 05. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Matthias Weisheit, Sören Bartol, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Ulrike Höfken, Volker Beck (Köln), Cornelia Behm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/462 –

EU-Agrarreform mutig angehen und ausgewogen gestalten

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Gerda Hasselfeldt, Dr. Wolfgang Schäuble, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/422 –

Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik die Landwirtschaft und die ländlichen Räume in der EU stärken

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Ulrich Heinrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/435 –

Marktwirtschaftliches Modell einer flächengebundenen Kulturlandschaftsprämie verwirklichen

A. Problem

Die Beschlüsse zur Agenda 2000, die auf dem Europäischen Gipfeltreffen 1999 in Berlin festgeschrieben wurden, legen den Finanzrahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) bis zum Jahr 2006 fest. Für die Folgejahre bis 2013 gilt für die dann ost-erweiterte EU die im Oktober letzten Jahres vom Europäischen Rat festgelegte Ausgabenobergrenze.

Auf diesen Beschlüssen basieren die am 22. Januar 2003 von der EU-Kommission im Rahmen der Halbzeitbewertung der Agenda 2000 vorgelegten Legisla-

tivvorschläge für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die sich stärker an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Marktwirtschaft orientieren.

Die wesentlichen Merkmale dieser Reform sind – neben diversen Änderungen der einzelnen Marktordnungen – eine Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion, eine stärkere Orientierung der Direktzahlungen an Verbraucher- und Umweltschutz, progressive Kürzungen der Direktzahlungen ab 2006 sowie die Umschichtung von Mitteln der so genannten 1. Säule in die 2. Säule zugunsten der ländlichen Entwicklung.

Die Reformvorschläge werden von den Antragstellern grundsätzlich begrüßt, insbesondere, was ihre Zielsetzung betrifft. Hinsichtlich der vorgesehenen Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele wird jedoch noch Änderungsbedarf mit unterschiedlicher Gewichtung gesehen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 3

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/462 sowie Annahme der Anträge auf den Drucksachen 15/422 und 15/435.

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. den Antrag auf Drucksache 15/462 anzunehmen,

2. den Antrag auf Drucksache 15/422 abzulehnen,

3. den Antrag auf Drucksache 15/435 abzulehnen.

Berlin, den 9. April 2003

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Herta Däubler-Gmelin
Vorsitzende

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Berichterstatterin

Albert Deß
Berichterstatter

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Albert Deß, Friedrich Ostendorff und Hans-Michael Goldmann

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 29. Sitzung am 21. Februar 2003 den Antrag auf Drucksache 15/462 an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen und die Anträge auf den Drucksachen 15/422 und 15/435 an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der federführende Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat die Vorlagen in seiner 11. Sitzung am 9. April 2003 abschließend behandelt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die Koalitionsfraktionen fordern in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, sich u. a. für die zügige Beratung und den baldigen Abschluss der Verhandlungen bezüglich der bevorstehenden Agrarreformen einzusetzen. Die Bundesregierung solle sich für die Ausarbeitung eines ökonomisch ausgewogenen Preis- und Beihilfesystems in der 1. Säule der Agrarpolitik einsetzen, bei dem Ungleichgewichte zwischen Acker- und Grünlandstandorten abgebaut, die Bewirtschaftung von Grünlandstandorten durch schrittweise Entkopplung in Richtung Flächenprämien besser gefördert und abrupte Umverteilungen und Strukturbrüche vermieden werden sollen.

Des Weiteren solle die Bundesregierung darauf hinwirken, dass Direktzahlungen an die Erfüllung bestimmter in den EU-Mitgliedstaaten einheitlicher (Mindest-)Standards gebunden werden, insbesondere in den Bereichen Tier- und Umweltschutz sowie Lebensmittelsicherheit.

Außerdem fordern die Koalitionsfraktionen die obligatorische Einführung der Modulation bis spätestens 2006, wobei die Mittel für die so genannte 2. Säule aus Mitteln der 1. Säule aufgestockt werden sollen. Die dafür vorgesehen Modulationsmittel sollen nach Ansicht der Koalitionsfraktionen in dem Mitgliedstaat verbleiben, in dem sie aufgebracht werden.

Die Regierung solle sich für eine Reform der Marktordnung Milch einsetzen, die den Milcherzeugern eine arbeitsplatzerhaltende und wirtschaftlich tragfähige Perspektive eröffne und auch in den anderen Marktordnungen zu einer stärkeren Marktorientierung führe, ohne unangemessene einseitige Belastungen zu verursachen.

Im Ganzen solle eine möglichst unbürokratische und einfache Handhabung der einzelnen Maßnahmenpakete erreicht werden.

Zu Nummer 2

Die Fraktion der CDU/CSU fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag u. a. dazu auf, bei den laufenden Verhandlungen über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik darauf hinzuwirken, dass mit Blick auf die zunehmende Internationalisierung der Landwirtschaft die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und die Verbesserung der Marktorientierung als Reformleitlinien Beachtung finden. Den Landwirten müsse bei nachhaltiger Wirtschaftsweise die Erwirtschaftung eines angemessenen Einkommens ermöglicht werden. Außerdem müssten die Gemeinwohlleistungen einer nachhaltigen und multifunktionalen Landwirtschaft honoriert werden.

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Regelungen sollten in verschiedenen Punkten geändert werden. So wird u. a. gefordert, dass das neue Beihilfesystem WTO-konform ist und auch künftig Beihilfen nur den wirtschaftenden Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren sei die vorgesehene Neuverteilung der Modulationsmittel auf der Grundlage so genannter objektiver Kriterien abzulehnen, da Deutschland hierdurch erhebliche Mittel verlöre. Der Stärkung der 2. Säule durch Umschichtungen aus der 1. Säule dürfe nur zugestimmt werden, wenn die anfallenden Kürzungsmittel in den jeweiligen Mitgliedstaaten verblieben und die Mittel zur Stärkung der betrieblichen Wirtschaftskraft Verwendung fänden.

Die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Eingriffe in verschiedene Marktordnungen vor dem Ablauf der Agenda 2000 seien aus Gründen der Planungssicherheit für die Landwirte abzulehnen. An dem Ziel, die Biomassenutzung im Energie- und Industriebereich auszubauen und die Verwendung heimischer Bioenergie zu fördern, müsse im Interesse des Klimaschutzes festgehalten werden.

Zu Nummer 3

Die Fraktion der FDP fordert in ihrem Antrag u. a. bei den Beratungen der Legislativvorschläge der EU-Kommission die Versorgung der Verbraucher mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln sowie den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft in den Mittelpunkt zu rücken. Dabei solle die Bundesregierung für eine Stärkung einer unternehmerischen Landwirtschaft und des ländlichen Raumes eintreten sowie für die Landwirte, die vor- und nachgelagerten Bereiche und die Ernährungswirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen sowie Planungssicherheit schaffen.

Um die europäische Agrarpolitik zukünftig stärker an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit zu orientieren, fordert die Fraktion der FDP, die Direktzahlungen von der Produktion zu entkoppeln und an die Bewirtschaftung der Flächen zu binden, die bürokratischen Regelungen zu verringern und die gesamtgesellschaftlichen Leistungen einer multifunktionalen Landwirtschaft zu honorieren. Die Zahlung einer Kulturlandschaftsprämie für die Dienstleistungen der Landwirte zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft unter Einbeziehung des Grünlandes sei dazu geeignet.

Weiterhin sei die europäische Agrarpolitik marktwirtschaftlich weiterzuentwickeln und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft sollten nationale Sonderwege überprüft werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Die **mitberatenden Ausschüsse** haben die Anträge in ihren Sitzungen am 12. März 2003 und 2. April 2003 behandelt und empfehlen jeweils mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, die Vorlage anzunehmen.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Vorlage abzulehnen.

Zu Nummer 3

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im 10. Ausschuss

Seitens der **Koalitionsfraktionen** wurde hervorgehoben, dass die Anforderungen der EU-Osterweiterung und der WTO-Verhandlungen es erforderlich machten, Vorschläge zur EU-Agrarreform jetzt zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen, gerade auch im Hinblick auf die notwendige Planungssicherheit der Landwirtschaft. Für eine Zukunft der ländlichen Räume sei eine verstärkte Förderung der so genannten 2. Säule unerlässlich, um damit Arbeitsplätze zu schaffen und die Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben.

Die Vorschläge der EU-Kommission gingen insgesamt in die richtige Richtung, erforderten allerdings noch einige Korrekturen. So sollte die Entkoppelung der EU-Direktzahlungen von der Produktion schrittweise in Richtung einer Flächenprämie erfolgen. Auch müsse die Cross-Compliance-Regelung praxisgerecht und unbürokratisch ausgestaltet sein und zu möglichst einheitlichen Mindeststandards führen. Schließlich seien die Regelungen für nachwachsende Rohstoffe bei weitem nicht ausreichend.

Von der **Fraktion der CDU/CSU** wurde gefordert, im Hinblick auf den Vertrauensschutz zur Planungssicherheit der deutschen Landwirtschaft an der Verbindlichkeit der Beschlüsse zur Agenda 2000 bis zum Jahre 2006 festzuhalten.

Die Reformvorschläge der EU-Kommission enthielten nur wenige gute Lösungsansätze, die darüber hinaus durch die Umsetzungsmodalitäten in ihr Gegenteil verkehrt würden.

Festzuhalten sei an den Mengenregulierungen zur Stabilisierung der Märkte, insbesondere bei Milch und Zucker. Eine vollständige Entkoppelung der Direktzahlungen werde abgelehnt. Vorstellbar sei ein dreistufiges Prämienmodell für die Honorierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen der Landwirtschaft.

Schließlich seien die landwirtschaftlichen Flächen für nachwachsende Rohstoffe stärker zu nutzen, wozu auch der Anbau von Stilllegungsflächen gehöre.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurde unterstrichen, dass die Landwirtschaft Planungssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen benötige. Reformen der EU-Agrarpolitik seien notwendig. Hierzu gehöre insbesondere die Entkoppelung der Direktzahlungen, die an die Bewirtschaftung der Fläche zu binden sei, was aber erst ab 2007 schrittweise umgesetzt werden sollte.

Eine weitere wichtige Forderung sei die Einführung einer produktunabhängigen Kulturlandschaftsprämie, womit die Dienstleistungen der Landwirtschaft zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft honoriert werden sollen.

Der Antrag auf **Drucksache 15/462** wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP angenommen.

Der Antrag auf **Drucksache 15/422** wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Der Antrag auf **Drucksache 15/435** wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Berlin, den 9. April 2003

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Berichterstatterin	**Albert Deß** Berichterstatter
Friedrich Ostendorff Berichterstatter	**Hans-Michael Goldmann** Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333